

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 23 (1929)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Wirtschaft von heute kennt nicht diese Würde des Arbeiters. Ihre Häresie zerstörte sie. Darum fühlt sich die Arbeiterseele versklavt, würdelos, berufslos. Beruf ist Verbindung mit dem Werk, Verbindung mit etwas Grösserem. Dieser Verbindung ermangeln die Arbeiter durch die Schuld des Nurkapitalismus, und siebzig Millionen Deutsche sind den Klauen der Wirtschaftshäresie verfallen. Erst in dem Moment, da sich die Wirtschaftsgesinnung ändert, da sie den Schöpfergeist Gottes in der Ware sieht, in dem Arbeiter den Mitvollstrecker eines ewigen Gottesplanes erkennt, wird die Menschheit erlöst von dieser Sklaverei, wird auch der Arbeiter nicht mehr isoliert sein, sondern verbunden mit seinem Werk und der Menschheit.

Friedrich Dessauer.

(Fortsetzung und Schluss folgen.)

Rundschau

Monatsschau.

1. Weltpolitisches.

Neue Ereignisse von grösserer Bedeutung sind seit der Abfassung der letzten Monatsschau nicht auf den Plan getreten. Die damals im Vordergrund stehenden haben diese Stellung behauptet, vor allem die römischen Vorgänge. An dem Urteil, das ich über deren Bedeutung vor einem Monat gefällt, weiss ich nichts zu ändern: die Haltung des Papsttums, die sich bei diesem Anlass kund getan hat, bleibt für mein Empfinden ein welthistorischer Fehltritt schlimmster Art. Das gilt vor allem von dem Bündnis mit dem Faschismus. Dass es sich um ein solches handelt, ist, seit ich die letzte Monatsschau schrieb, vollends klar geworden. Denn das Papsttum hat sich als Entschädigung für das, was es verloren geben musste (und mit Freuden und unter grossem Gewinn hätte verloren geben sollen) ein sogenanntes Konkordat mit Italien gesichert, das nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als eine völlige Klerikalisierung Italiens, soweit eine solche durch äussere Massregeln bewirkt werden kann. Wenn man nun schon Ursache hat, einen solchen rein machtpolitischen und kirchendiplomatischen Erfolg sehr gering einzuschätzen, ihn im Grunde als schwere Niederlage zu betrachten, so kommt noch dazu, dass das Papsttum damit für die nächste Geschichtsperiode sein Schicksal mit dem des Faschismus verbunden hat. Was das bedeutet, habe ich das letzte Mal besonders durch die Tatsache beleuchtet, dass der Faschismus ein Regime des politischen Meuchelmordes sei. Es geschah dies in der Erinnerung an einige dunkelste Blätter der Geschichte des Papsttums. Nun ist aber noch das mehr Grundsätzliche hinzuzufügen, dass der Faschismus eine Denkweise verkörpert, die gerade das genaue Gegenteil dessen ist, was je und je das grosse geschichtliche Recht des Katholizismus bildete. Der Faschismus ist eine Vergötzung des Staates, wie die Welt sie seit den Tagen des antiken Zäsarenwahnsinnes nie mehr gesehen hatte.¹⁾ Im Kampf dagegen bis aufs Messer hätte

¹⁾ Dass der Faschismus seiner Idee nach den Staat im modernen und antiken Sinn eigentlich aufhebt, widerspricht diesem Vorwurf der Staatsvergötzung nur scheinbar. Denn zum mindesten im italienischen Faschismus kommt dessen Idee sehr wenig rein zum Vorschein und spielen Macchiavelli und der (freilich karikierte) Geist des Imperium Romanum stark mit.

die Kirche Treue gegen ihr Bestes bewiesen und sich in den Augen aller Freiheitsmenschen einen neuen Glanz bereitet, der sehr viel mehr bedeutet hätte, als das Linsengericht der Città del Vaticano und des italienischen Konkordates. Wenn sie statt dessen gerade mit dieser Macht, die das ihr todfeindliche Prinzip verkörpert — jedenfalls das Christus todfeindliche — sich verbündet, dann bedeutet das für sie schlimmen Abfall von sich selbst, ja sogar schweren Verrat an sich selbst. Zur Vergötzung des Staates gesellt sich im Faschismus aber noch die der Nation und selbstverständlich ein blutrünstiger Militarismus, der dadurch nicht besser wird, dass er sich vorläufig in Worten erschöpft, wie sie freilich so wild und gottlos meines Wissens — abgesehen von den „christlichen“ Kriegspaffen — auch nie gehört worden sind. Es hat, wenn ich nicht irre, ausgerechnet ein Papst — ich glaube, es war der Vorgänger des jetzigen — den modernen Nationalismus als eine schlimme Häresie (Ketzerei) bezeichnet und das Beste, was die Päpste in diesen letzten Zeiten geleistet haben, was ihnen auch neues Ansehen verschafft hat, war ihr Auftreten gegen den Krieg. Nun verknüpft sich das Papsttum ausgerechnet mit dieser Häresie des modernen Nationalismus und stellt sich Seite an Seite mit der gottlosesten Verherrlichung der Gewalt, die die Welt gesehen. Kann es eine schlimmere moralische Kapitulation geben?

Aber es gesellt sich dazu eine noch weitergreifende Betrachtung. Die Zukunft der römischen Kirche hing davon ab (man muss jetzt wohl in Form der Vergangenheit reden), wie sie sich zu den grossen Bewegungen der heutigen Welt stellte, die sich an das gesellschaftliche Problem anschliessen: zu Demokratie, Sozialismus, Pazifismus, zur ganzen Freiheitsbewegung der jetzigen und der kommenden Welt. Hätte sie sich dazu bejahend verhalten, so wäre das unter Umständen ein ungeheurer geistiger Machtzuwachs für sie geworden. Es tauchte da freilich die Gestalt des Grossinquisitors bei Dostojewski auf; aber möglich wäre auch gewesen, dass mit einer solchen Entwicklung eine geistige Erneuerung des Katholizismus Hand in Hand gegangen wäre. Die Kirche konnte aber auch den entgegengesetzten Weg wählen: sie konnte mit einer Entschlossenheit, der man Charakter nicht hätte absprechen dürfen, sich mit allen Mächten der Reaktion verbünden und mit deren Hilfe ihr autoritäres System zu seiner alten Macht und Herrlichkeit aufzurichten suchen. Sie konnte endlich — und es schien mir wahrscheinlich, dass sie dies tue — einen Mittelweg einschlagen: die reaktionäre Konjunktur machtpolitisch ausnutzen und doch sich für die neuen Bewegungen der Geschichte auf alle Fälle hin offen halten. Zu beobachten, welchen Weg sie wohl endgültig einschlagen werde, war eine der interessantesten Aufgaben unserer Zeit. Nun hat sie gewählt: sie will entschlossen mit der Reaktion gehen. Es ist das eine Ueber raschung; eine solche Kurzsichtigkeit hätten wir Rom nicht zugetraut. Aber es ist offenbar die Kurzsichtigkeit des Machtwillens und Machtdenkens, die auch das geistliche Rom wie eine selbstverständliche Atmosphäre umgibt. Es ist meine feste Ueberzeugung, dass nun, mögen auch noch eine zeitlang ähnliche „Erfolge“ kommen, ein Niedergang der römischen Kirche beginnt, der unter Umständen zur Katastrophe werden könnte. So bin ich denn auch sicher, weiss es auch zum Teil schon, dass ihre besten Söhne ob dieser Wendung in tiefer Trauer sind.

Gegenüber diesem weittragenden Ereignis ist sogar die Reparationskonferenz in Paris von untergeordneter Bedeutung. An sich ist diese Bedeutung freilich gross. Ich habe das letzte Mal mehr den Zug an ihr hervorgehoben, der unsympathisch, ja furchtbar ist: die offenkundige Herrschaft des schweren Geldsackes und seiner Eigner über die Welt. Diese Sache hat freilich, wie ich schon manchmal hervorgehoben, auch eine andere, erfreulichere Seite: sie zeigt der Welt sehr handgreiflich ihre Solidarität — noch ganz abgesehen davon, dass die Notwendigkeit einer „Reparation“ des Krieges

etwas Neues unter der Sonne und ein Friedensfaktor ersten Ranges ist. Nur darf es selbstverständlich so wenig bei dieser Banquier- und Shyloklösung der Reparationsfrage bleiben, als es beim Dawesplan bleiben durfte. Ganz neue Wendungen der Geschichte müssen und werden uns auch von dieser Herrschaft des Dollars über die Welt befreien, die in den ersten Aeusserungen des neuen Präsidenten Hoover ihre ganze Kälte und Härte zu zeigen scheint.¹⁾ Was im übrigen in Paris vorgeht, wissen Wenige genau. Es ist selbstverständlich, dass noch allerlei weltpolitische Spekulationen damit verbunden werden. So meint man, die Schwere der deutschen Reparationslast werde davon abhängig gemacht werden, ob Deutschland sich entscheide, der „westlichen“ Partei zuzufallen, deren Front gegen Russland gerichtet sei oder ob es das nicht tue. Es mag wohl sein, dass dergleichen in Paris auch eine Rolle spielt, nur glaube ich, dieser Gegensatz Ost-West oder Russland-England spiele bei weitem nicht mehr die Rolle, die viele, besonders in Deutschland, ihr zuschreiben. Da hat sich wohl manches geändert. Ein Wettbewerb um die industrielle Ausbeutung Russlands scheint mir beinahe wahrscheinlicher als ein Krieg gegen es.

Dies umso mehr, als die russische Krisis sehr rasch fortzuschreiten scheint. Besonders in ihrer wirtschaftlichen, und hier wieder ihrer agrarischen Form muss sie nach dem Urteil von Kennern noch schwerer sein, als man im allgemeinen weiss. Aber auch in der politischen Form scheint sie sich zuzuspitzen, um von der mehr geistigen Form, die sich erst leise ankündigt, zu schweigen. Trotz kys Schicksal und Tun ist wohl eines jener symbolischen Zeichen der Lage, wie sie in solchen Fällen gern auftreten. Dass der besondere Kelloggspakt Russlands mit Polen, Rumänien, Estland und Lettland zustande gekommen ist, und Russland ihn so sehr begehrt hat, ist ein neues Zeichen dafür, wie wenig Russland jetzt und in absehbarer Zeit Krieg will. Es ist aber wohl auch nicht zu fürchten, dass die Westmächte mit ihren östlichen Verbündeten zusammen diese offenkundige Schwäche Russlands zu einem vernichtenden Schlag benützen werden. Dafür gibt es sehr viele starke Hemmungen.

Ein wenig erfreuliches Licht auf die Lage hat dagegen die Dokumentenfälschung geworfen, mit denen ein deutschfreundliches holländisches Blatt für einige Wochen die Welt vergaste. Man konnte da plötzlich mitten in die grosse Lügenküche hineinsehen, in der allüberall Krieg gebraut wird. Ganz besonders peinlich war es, zu beobachten, wie sofort, ohne dass man auch nur einen Augenblick abgewartet hätte, ob diese „Dokumente“ echt seien oder nicht, in den „kriegführenden“ und „neutralen“ Ländern ein wildes Lärmen einsetzte, das sogar — so willkommen war der Anlass — nicht einmal verstummte, als die Fälschung offenkundig war. Eines konnte man bei diesem Anlass wieder besonders deutlich sehen: dass wir die Atmosphäre des Friedens nicht bekommen können, solange wir die heutige Presse und die Generalstäbe und Militärs haben. Denn belgische Militärs waren zwar nicht an jener vorgegebenen Beratung, aber seltsamerweise an der Fälschung beteiligt — natürlich nicht im Interesse des Friedens.

In der letzten Sitzung des Völkerbundsrates kam die Frage der Minderheiten zur Verhandlung. Es zeigte sich, dass für ihre Bedeutung in diesem Kreise nur sehr wenig Verständnis vorhanden ist. Hier wünscht man im Grund einfach die „Assimilation“ der Minderheiten an ihre jeweiligen Mehrheiten, etwas, was nicht geschehen wird. Es ist immerhin gut, dass die Frage doch in diesem Gremium verhandelt werden musste. Und in der „Ver-

¹⁾ Auch in Hoovers Aufsatz: „Der amerikanische Individualismus“, den die „United Press“ verbreitet, tritt ein Geist harter und hochmütiger Selbstgerechtigkeit hervor, ob dem einem völlig das Herz gefriert.

sammlung“ wird die Stimmung doch von vornherein anders sein. Die Minderheiten müssen im Interesse ihrer Sache bloss aufpassen, dass sie nicht in das Kielwasser irgend eines Nationalismus geraten, dem diese Sache bloss als Mittel für seine Zwecke dient.

Es scheint nun doch Aussicht zu sein, dass die Vereinigten Staaten dem internationalen Gerichtshof des Völkerbundes beitreten. Das wäre ein Ereignis von sehr grosser Tragweite. Es käme fast dem Eintritt in den Völkerbund gleich. Gerade darum müssen die Amerikaner gegen diesen so spröde tun, als ob er mit Pestbeulen behaftet wäre. Aber sie haben ihre früheren vielen und hochmütigen Bedingungen, die mit Recht zurückgewiesen wurden, auf eine einzige reduziert. Es scheint, dass man diese schlucken will und man wird gut daran tun. Denn man muss in solchen Fällen goldene Brücken bauen.

Noch etwas Gutes kommt aus Amerika: ein Streit, der seit langer Zeit Chile und Peru trennte, der um die an Bodenschätzen reichen Länder Tacna und Arica, ist nun friedlich beigelegt durch Zuteilung der zwei Länder an je einen der genannten Staaten. Ein erfreuliches Zeichen ist das doch. Leider wird es durch den neu ausgebrochenen Bürgerkrieg in Mexiko in seinem Wert etwas vermindert. Auch in China bricht diese Flamme wieder hervor. Aber man darf hoffen, dass sie in beiden Fällen nicht einen neuen grossen Brand, sondern bloss das Nachzucken des alten bedeute.

2. Die Friedensbewegung

im engern weist diesmal auch nicht sehr viel Bemerkenswertes auf. Einiges ist auch unerfreulich. So eine gewisse Spaltung der deutschen Friedensbewegung, deren „linker Flügel“, vertreten besonders durch die Zeitschrift: „Das andere Deutschland“, nun die Führung übernommen hat. Unerfreulich ist daran, dass es überhaupt zu solchen Spaltungen kommt. Im übrigen kann man sich ja nur darüber freuen, dass ein Mann wie General von Schöneich (den alle Militaristen nach Möglichkeit verdächtigen und anschwärzen — ohne Erfolg, seine Lauterkeit ist unantastbar) an der Spitze der grössten deutschen Friedensorganisation steht. Noch bedauerlicher — im angedeuteten Sinn — ist der Konflikt, infolge dessen Förster mit der „Menschheit“ gebrochen hat. Es wird der „Menschheit“ schwer fallen, diesen Schlag zu überstehen. Alle diese Streitigkeiten innerhalb der Friedensbewegung — es gibt deren noch viel mehr, sie fehlen fast nirgends — zeigen, wie der Geist, aus dem Völkerkrieg entsteht, auch in den Reihen der ihn bekämpfenden Menschen und Organisationen lebt. Es wäre ganz verkehrt, daraus den Schluss zu ziehen, als sei gegen den Krieg nichts zu machen, wohl aber muss man den daraus ziehen, dass die ganze Friedensarbeit und Friedensbewegung noch gar sehr der Läuterung und Vertiefung bedarf.¹⁾

In der Schweiz geht der Kampf zwischen Militarismus und Antimilitarismus mit ungebrochener Heftigkeit weiter. Als im Grossen Rat des Aargaus bei der Beratung eines neuen Unterrichtsgesetzes das Obligatorium des militärischen Vorunterrichtes der Jugend höherer Schulen wieder beschlossen

¹⁾ Da Försters Bruch mit der „Menschheit“ an einem in der „Menschheit“ ohne sein Wissen veröffentlichten, gegen die katholische Zentrumspartei gerichteten, antiklerikalen Artikel (von sicher verkehrter Art) anknüpfte, der in der katholischen Presse grossen Zorn erregte, so konnte der Eindruck entstehen, dass Förster für römisch-katholische Ungnade in einem Masse empfindlich sei, das Protestanten und andere mit seiner Berufung nicht verträglich fänden, so möchte ich auf Grund genauerer Kenntnis der Vorgänge mitteilen, dass dieser Eindruck falsch wäre, dass der Konflikt zwischen Förster und Röttcher andere Ursachen hatte und jener Anlass wirklich nur Anlass war.

werden sollte, verliess die gesamte sozialdemokratische Fraktion den Saal, den Rat damit beschlussunfähig und das neue Unterrichtsgesetz unmöglich machend. Bravo! Versammlungen in Schaffhausen und im Kanton Zürich (in Pfäffikon), wie früher in Chur über das Militärproblem bewiesen, wie sehr dieses das Volk erregt! Vielleicht ein andermal mehr davon.¹⁾

Ein wenig ein Erfolg des antimilitaristischen Kampfes ist wohl auch, dass der Nationalrat die Wiedereinführung der sogenannten pädagogischen Rekrutenprüfungen abgelehnt hat. Diese wurden einst eingeführt, um die Volksbildung zu heben, weil man erwartete, dass die Kantone sich Mühe geben würden, gute Ergebnisse dieser Prüfungen aufzuweisen. Sie erstreckten sich auf die meisten Fächer, die die Volksschule lehrt, besonders Rechnen, Schreiben, Geographie und Geschichte und erwiesen sich als eine äusserst oberflächliche und pädagogisch minderwertige Einrichtung. Wenn sie nun wieder eingeführt werden sollten, so wollte man damit ohne Zweifel die Wiedererstarkung unseres Militarismus markieren. Da ist es nun wirklich eine Ueberraschung, dass der Nationalrat mit rund hundert gegen rund vierzig Stimmen diese „Neuerung“ abgelehnt und damit einmal dem Bundesrat ein kräftiges Nein entgegengesetzt hat. Wenn auch rein föderalistische Erwägungen dabei mitgespielt haben mögen, so ist es doch ein kleines Zeichen der veränderten Lage.

Die Dienstverweigerung geht weiter. Am 27. Februar 1929 standen vor dem Divisionsgericht 2a in Freiburg: Willy Otter, Schiffsmann in Marin (Neuenburg), der zum vierten Mal den Wiederholungskurs verweigert hat. Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und für fünf Jahre in den Bürgerrechten eingestellt. Otter hat schon für die drei frühern Weigerungen 135 Tage im Gefängnis verbracht. Auch diesmal ist er nicht aus der Armee ausgestossen worden — und

Jean Beguin, Uhrmacher in St. Imier; er wird zum ersten Mal verurteilt wegen Nichteinrückens in die Rekrutenschule. Urteil: zwei Monate Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust.

Bernhard Peier, Kaufmann in Bern, wurde am 31. Oktober 1928 vom Divisionsgericht V in Zürich verurteilt. Er weigerte sich das zweite Mal, die Rekrutenschule zu absolvieren und wurde dafür mit zwei Monaten Gefängnis und Einstellung im Aktivbürgerrecht für zwei Jahre bestraft. Die sanitärische Untersuchungskommission erklärte ihn zudem als „dienstuntauglich“. Infolge dieser Dienstverweigerung hat Peier seine Arbeitsstelle verloren. Wer weiss eine neue für ihn?

Hans Anderfuhren wurde am 14. März 1929 vor das zürcherische Obergericht zitiert. Letztes Jahr war er vom Bezirksgericht Zürich wegen Nichtbezahlung der Militärsteuer zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses „zu milde“ Urteil legte der Staatsanwalt Appellation ein. Das Obergericht bestätigte aber das erstinstanzliche Urteil. Die Verhandlungen wurden mit grossem Ernst geführt. Anderfuhren begründete seine Weigerung aus seiner sozialistischen Gesinnung heraus, als Konsequenz der Abrüstungsparole der Arbeiterinternationale.

¹⁾ Vorläufig nur dies: die Militaristen von der Pfäffikoner Versammlung, wo über „Christentum, Krieg und Abrüstung“ verhandelt wurde, offenkundig sieglos, lassen hintenher, nach dem gewohnten Stil, ihre Wut darüber in den ihnen zur Verfügung stehenden Lokalblättchen aus. Sie tun es, wieder nach dem gewohnten Stil, in Ermangelung sachlicher Gründe, indem sie besonders mich, den Referenten jener Versammlung, mit gemeinster persönlicher Verleumdung überschütten. Eine offenbar geistliche oder doch geistlich inspirierte Feder tut sich darin besonders hervor. Begreiflich: zwei Pfarrer haben auch in dieser Versammlung die traurigste Rolle gespielt. Man erlebt das mit Regelmässigkeit.

Ueber den Fall Bietenholz soll besonders geredet werden.

Es sei hier auch berichtet, dass es neben den Nazarenern in Jugoslawien auch eine religiös begründete Dienstverweigerung grossen Stils in Polen gibt, und zwar seit Jahren. Hier geht sie aus von den besonders seit dem Kriege im russischen Polen wie im alten Russland mächtig emporgewachsenen urchristlich gearteten Gemeinden der „Evangeliumschrten“. Auch gegenwärtig sind 80 von ihnen in polnischen Gefängnissen.

3. Schweizerisches.

Die Schweiz hat in diesen Wochen vor allem zwei Ereignisse gesehen, die eine grössere Bedeutung besitzen.

Da ist einmal die sehr starke Annahme der Getreide-Vorlage, die das vor einem Jahre verworfene Monopol ersetzen sollte, durch die Abstimmung vom 3. März. Sie bedeutet eine recht schwere Niederlage für den schweizerischen Sozialismus. Vor allem darum, weil es gelungen ist, das gelockerte Bündnis zwischen den Bauern und den bürgerlichen Parteien wieder zu festigen, sodann auch, weil die Abstimmung einen Sieg der Privatwirtschaft darstellt. Der Jubel im siegreichen Lager ist gross. Einer dieser Tintenzwerge phantasiert sogar von „einem Datum ersten Ranges in der Weltgeschichte“, während andere sich damit begnügen, dem Schweizervolk ein Zeugnis demokratischer Reife auszustellen — wie mans immer macht, wenn dieses Volk getan hat, was man wünschte. In Wirklichkeit verdankt das Gesetz seine starke Annahme wohl einigen der schlimmen und wenig von „Reife“ irgendwelcher Art zeugenden Eigenschaften unseres Volkes. Das Gesetz ist nach allen Regeln der Kunst des Kompromisses zusammengeflickt. Damit hatte es schon das Herz der vielen Schweizer gewonnen, die förmlich von einem Schwindel ergriffen werden, wenn in Menschen oder Sachen etwas wie Grundsätzlichkeit auftaucht. Dann spekulierte es in allerlei Formen auf den Erwerbgeist, die Erwerbsgier und die Erwerbsangst des Schweizers, dazu an seinen „Individualismus“ und an seine Gedankenlosigkeit — und so gings glänzend.

Der Führer dieses ganzen bürgerlichen Getreidefeldzuges, wie der letzten Wahlen zur Bundesversammlung, ist Bundesrat Musy. Freiburg regiert jetzt die Schweiz. (Leider nur da nicht, wo es recht hat, wie in der Spielbankensache!) Das ist das Unerfreulichste an der Sache. Und es muss schon sehr dunkel sein im Schweizerland, wenn der Stern Musy über ihm strahlt. Was aber die nun wieder stark gestörte Freundschaft zwischen Bauer und Arbeiter (es ist zwar ein zu schönes Wort für diese Anfänge eines bessern Verhältnisses), so gilt es, ganz ruhig auf jener Bahn weiterzugehen, die auch wir seit Jahrzehnten zu zeigen versucht haben. Der Erfolg Musys ist Konjunktur des Tages, das Zusammenkommen von Bauer und Arbeiter liegt auf der festen Linie notwendiger Entwicklungen, und das beste Mittel zu seiner rascheren Herbeiführung ist ein rechter Sozialismus.

Erfreulicher war das zweite Ereignis: die Verhandlung und Abstimmung im Nationalrat über die Abtreibung. Entgegen dem, was man erwarten durfte, bewegte sich die Diskussion auf einer ungewöhnlichen Höhe. Und sie zeitigte ein doch recht überraschendes Ergebnis: die einmütige Ablehnung der Abtreibung und ihrer Straflosigkeit durch die Sozialdemokraten so gut wie durch alle bürgerlichen Parteien. Dass die Katholiken dabei noch weiter gingen als die Protestanten, gereicht ihnen auf alle Fälle zur Ehre. In solchen Dingen hütet die katholische Kirche heilige Wahrheit. Freilich kann man nicht sagen, dass das Ergebnis: die Straflosigkeit der Abtreibung ausschliesslich für den Fall, dass ein doppeltes ärztliches Gutachten Lebensgefahr für die Mutter feststellt, etwas sei, woran christliches Empfinden Aergernis nehmen müsste. Sogar gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag, diese Straflosigkeit auf Fälle von Geisteskrankheit und Notzucht auszudehnen, dürfte ein

Aergernis kaum berechtigt sein.¹⁾ Was uns in all den Jahren zu schwerem Aergernis gereichte, war etwas, was man geradezu als Verherrlichung der Abtreibung empfinden musste, ausgehend von dem sozialistischen Libertinismus männlicher und weiblicher Schmutzfinken, denen der Sozialismus vor allem als Erlaubnis für Zügellosigkeit (und daneben für Karrieremachen) recht ist und der unserer Sache ganz unvergleichlich mehr geschadet hat und schadet als alle Musy und Laur zusammen und noch viel stärkere Mächte als sie. Dieser Geist wurde bezeichnenderweise in den gleichen Kreisen und Organen vertreten, die daneben in Freigeisterei machen. Es ist hochehrfreulich und ein gutes Zeichen, dass man davon in den Reden der sozialdemokratischen Nationalräte nichts spürte. In der Tat: Abtreibung ist eine Sünde vor allem gegen die Grundlage des Sozialismus, die auch in der Heiligkeit des Menschenlebens besteht. Wenn der Sozialismus sie propagiert, so zerstört er sich selbst in seinen Wurzeln. Die Nöte, aus denen sie hin und wieder — keineswegs in der Mehrzahl der Fälle — entspringt, müssen mit andern Mitteln bekämpft werden. Und es hat auch wenig Sinn, sich dagegen aufzuregen, dass die Strafen die Proletarierinnen so viel schärfer treffen als die bürgerlichen Frauen; denn wenn die Abtreibung ein schweres Uebel ist, so ist Strafe doch eher eine Bewahrung davor, und also eine Bewahrung des Proletariates, ein Schutz seiner physischen und geistigen Lebenskraft, wobei für mich freilich selbstverständlich ist, dass diese Strafe Rücksicht auf die Lage des Fehlenden nehmen soll und ich mir das ganze Problem der Strafe und des Strafrechtes offen halte.

Erfreulich ist in der sonst so unerquicklichen Angelegenheit *Salvemini* die Haltung der Tessiner. Der tessinische Grosse Rat hat sowohl dem kantonalen Erziehungsdirektor als auch Francesco Chiesa entschieden und kräftig seine Missbilligung bezeugt und die Gesellschaft „Romeo Manzoni“ beschlossen, *Salvemini* um einen Vortrag im Tessin zu bitten. Wie wohlthätig sticht diese Haltung ab gegen jenen feigen Servilismus der übrigen Schweiz und vor allem ihrer obersten Behörden, der sich vor jeder fremden Anmassung beugt und dann so hinten herum ein wenig mit dem Säbel hantiert und von einem militärischen Schutz unserer Unabhängigkeit spricht, die man auf jede andere Weise verrät. Der Tessin ist halt der Wiege seiner Freiheit noch näher als wir andern „Müdlinge“. — Inzwischen hat freilich die Angelegenheit des Kommunisten *Hofmayer* aus Basel, der in Italien eine allerdings recht fragwürdige konspiratorische Tätigkeit entfaltete und dafür zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und dann das bundesrätliche Verbot einer ebenfalls fragwürdigen, aber im Rahmen einer wirklichen freien Demokratie gesetzlich unanfechtbaren kommunistischen Demonstration gegen den Faschismus in Basel (wie vorher im Tessin, wo dieses Vorgehen des Bundesrates aber begreiflicher war) der Geschichte des faschistischen Terrors und der schweizerischen Angstmeierei ein neues Blatt hinzugefügt.

Gerne teile ich mit, dass nach Erklärungen, die mir zugegangen sind, die Schweiz zwar ein Zentrum des internationalen Handels und Schmuggels mit *Rauschgiften* bleibt, dieses edle Geschäft aber vorwiegend nicht von Schweizern getrieben wird und die schweizerischen Behörden weniger nachsichtig sind, als wir anzunehmen alle Ursache hatten — man denke nur an die Geschichte der Opiumkonvention in der Schweiz. Ganz besonders ist es jedenfalls *Professor Zangger* in Zürich, der mit all seiner grossen Sachkenntnis, dazu seiner Energie und Humanität diese Dinge verfolgt und

¹⁾ Damit ist natürlich nicht gesagt, dass ich diesem Antrag zustimme. Das Problem ist sehr schwierig. Die Hauptfrage ist, ob und wie weit man eine Bresche in den Wall darf schlagen lassen, der die Grundlage aller menschlichen Kultur, die Heiligkeit des Menschenlebens, schützt.

zum Rechten sieht. Das wäre also der Mann, nach dem ich in dieser Sache wiederholt gerufen habe. Wobei ich allerdings nicht gerade an Zürich dachte. Möge ihm ein ganzer und dauernder Erfolg beschieden sein, zur Ehre der Schweiz und zum Segen für die Welt.

5. Soziales.

Der Angriff der konservativen englischen Regierung auf den Achtstundentag ist auf der letzten Arbeitskonferenz des Internationalen Arbeitsbureaus abgeschlagen worden. Das ist eine gute Sache; sie wird das Ansehen des Völkerbundes bei der Arbeiterschaft erhöhen.

Furchtbares wird uns fortwährend aus China gemeldet. Ich gebe eine Zusammenfassung aus einem in der „Christlichen Welt“ (Nr. 5) erschienenen Bericht des bekannten Missionars Witte wieder:

Das Hungersterben in China. 12 bis 20 Millionen Menschen dem Tod verfallen? Schon seit alten Zeiten sind schwere Hungersnöte in China eine immer wieder neu auftretende Volksgeißel. Die letzte ganz grosse Not war im Jahre 1878. Damals starben, nach zuverlässigen Berichten, mehr als 8 Millionen Menschen den Hungertod. Jetzt, in diesem Winter 1928/29, herrscht in China eine solche Hungersnot, wie sie die Geschichte Chinas wohl noch kaum gesehen hat. In neun Provinzen sind im vorigen Sommer und Herbst die Ernten so gut wie ausgefallen. Der Boden war infolge langer Dürre so trocken, dass auch nicht daran gedacht werden konnte, im Herbst neue Saat auszusäen. Die am meisten betroffenen sind die Provinzen Schantung, Schansi, Schensi, Kansu, Kwangsi, Tschekiang, Honan, Hunan und Kiangsi. Die Zahl der Menschen, die wahrscheinlich dem Hungertod verfallen sind, ohne dass es gelingt, ihr Leben zu retten, wird von dem internationalen Hilfsausschuss zur Bekämpfung der Hungersnot auf 12 bis 20 Millionen geschätzt. Dieser Hilfsausschuss meldet unter anderem aus der Provinz Kwangsi:

„Überall sieht man die Hungernden. Neun von zehn Häusern sind verlassen. Viele leben von Baumrinde und Blättern. Die Säuglinge werden getötet und die Kinder verkauft.“

Aus der Provinz Schansi sind vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1928 mindestens 17,000 verkaufte Frauen und Mädchen abtransportiert worden, deren ferneres Los vielleicht noch schlechter ist als das Verhungern.

Mitten im Hungerstandsgebiet der Provinz Schantung wirkt ein deutscher Missionsarzt, Dr. med. Haensel, im Dienst der Ostasien-Mission. Dr. Haensel schildert in erschütternden Berichten das namenlose Elend und fürchterliche Sterben der Massen in Schantung. Überall liegen die Leichen verhungelter Menschen und Kinder herum, an denen die Hunde nagen. So furchtbar sieht es aber nicht nur in der grossen Stadt Tsiningchow aus, in der Dr. Haensel arbeitet, sondern in der ganzen Provinz Schantung. Der Internationale Hilfsausschuss schreibt über die Zustände in Schantung: „Trotz allem, was zur Abhilfe geschieht, ist die Not furchtbar, nicht nur in Schantung, in Tchili, sondern auch in anderen Provinzen. Viele, viele Familien haben keine Winterkleidung und keine Betten, und verfallen den Krankheiten und dem Tode. In manchen Gegenden haben die Soldaten Typhus, Cholera und Rückfallfieber eingeschleppt. Bis zur Frühlings- und Sommerernte ist keine Aussicht auch nur auf Besserung.“

In England und Amerika wird viel gegeben zur Linderung dieser entsetzlichen Hungersnot. Wäre es aber nicht dringende Aufgabe des Völkerbundes, sofort eine grosszügige, wirksame Hilfsaktion einzuleiten? Die 12 bis 20 Millionen Chinesen, die vom Hungertod bedroht sind, können gerettet werden!

Wer dabei mithelfen will, der sende seinen Beitrag an die „Ostasien-Mission“ Berlin W 57, Pallasstrasse 8/9. (Postcheckkonto Berlin 6457.) Auch die Redaktion ist bereit, Beiträge zu vermitteln.

6. Kirchliches.

Die Kirchen scheinen sich in Mitteleuropa immer mehr reaktionär zu verhärteten, um damit für das Gericht reif zu werden. Nach den Vorgängen in Neuköln, über die wir letzthin berichtet, kommen nun die in Gera in Thüringen. Gera ist eine Stadt mit 81,000 Einwohnern, die grösste Industriestadt Thüringens. Sie hat sieben politisch rechtsstehende Pfarrer, keinen einzigen von anderer Art. Nun wurden zwei Stellen frei. Statt diese nun zwei Vertrauensmännern der Arbeiterschaft einzuräumen, wurde eine dieser Stellen von vornherein durch die Kirchenbehörde mit einem weitem politisch rechts stehenden Pfarrer besetzt, weil man nämlich grad einen solchen versorgen musste! Die zweite gab man der Gemeinde frei, diese aber wählte, trotzdem sie in Pfarrer Kohlstock einen trefflichen, durchaus gemässigten Vertreter des „religiösen Sozialismus“ zur Verfügung gehabt hätte, einen „unpolitischen“, d. h. einen politisch rechtsstehenden. Dieser erklärte, er habe sich mit der sozialen Frage noch nicht befasst. Dabei sind in Gera 16 000 Austritte aus der Kirche geschehen, in der grossen Mehrheit von sozialistischer Seite. Wen Gott verderben will, den verblendet er.

7. Kulturelles.

Ueber die pädagogische Arbeit der zionistischen Siedelungen in Palästina und über diese Siedelungen überhaupt, die zum Bedeutsamsten gehören, was unsere Zeit aufweist, berichtet das neueste Heft der Zeitschrift: „Werdendes Zeitalter“. Besonders möchte ich auch auf einen Aufsatz von unserem Mitarbeiter Dr. K o h n über „Martin Buber und den Zionismus seit dem Weltkriege“ und einen Beitrag von B u b e r selbst: „Die Frage nach Jerusalem“, hinweisen.

Diese ausgezeichnete Zeitschrift, die auf eine edle, tiefe und umfassende Weise, wie man sie selten findet, eine neue Erziehung als Grundlage einer neuen Welt — der Welt, die auch wir ersehnen — vertritt, sei bei dieser Gelegenheit von Herzen empfohlen.¹⁾

Nun ist also die grosse Kälte vorbei. Wieder einmal wurde diese ihr entfremdete Welt vor die Macht der Natur gestellt, die auch noch etwas zu sagen hat. Es stimmt im Besonderen auch zum Nachdenken, wie durch die gemeinsame Not, die freilich für die wilden Tiere noch schlimmer war als für die Menschen, Mensch und Tier zusammengeführt wurden, insofern als eine umfassende Fürsorge für die wilden Tiere eintrat. Möchte das ein Zeichen für weitere Entwicklungen im Sinne einer Umkehr zur Natur sein.

13. März 1929.

L. R.

Der Fall Bietenholz. Nun ist der Fall Bietenholz „erledigt“. Der Basler Regierungsrat hat den traurigen Mut gefunden, Bietenholz wegen seinem Nichterscheinen zur militärischen Inspektion (er war Sanitätssoldat) seines Amtes zu entsetzen. Alfred Bietenholz ist Amtsvormund für uneheliche Mütter und Kinder und verlassene Frauen und Kinder überhaupt. Er hat dieses Amtes in jeder Hinsicht vorbildlich gewaltet. Es wird ihm bezeugt, dass er der beste all dieser Fürsorge-Beamten sei. Nicht genug damit, hat er für solche Mütter und Kinder sein eigenes Haus geöffnet. Er ist mit seiner Familie von seinem schönen Heim auf dem Lande in eine städtische Wohnkolonie für kinderreiche Familien gezogen. Dort nimmt er mit seiner Frau Mütter und Kinder, die er in seiner Arbeit kennen gelernt, auf. Die Mütter können tags-

¹⁾ Man abonniere bei Fr. Dr. Elisabeth Rotten, Kohlgraben, Racha, Rhön.

über der Arbeit nachgehen, während für die Kinder daheim liebevoll gesorgt wird. Wer irgend welche Erfahrung in solchen Dingen hat, weiss, was das für eine Aufgabe ist, wie viel Selbstverleugnung, Glauben, Geduld und Liebe sie fordert. Und Bietenholz ist auch sonst rastlos für alles, was Gott und dem Menschen dient, tätig.

Einen solchen Mann setzt die Regierung ab, weil er das Mentschentöten und alles, was damit zusammenhängt, für gottwidrig hält. Als ob seine ganze Arbeit nicht sinnlos würde, wenn er anders dächte! Und das, trotzdem die amtliche Disziplinarkommission sich einstimmig im gegenteiligen Sinne äusserte, trotzdem auch im Grossen Rate der Widerspruch sehr stark war. Es ist anzunehmen, dass Hintergrundmächte der Regierungsmehrheit den Rücken gestärkt haben, sodass sie einen Mut fand, den wir in guten Dingen bei unsern Behörden selten genug finden. Das ist in dem Basel geschehen, über das vierundeinhalb Jahre lang der Kanonendonner des Weltkrieges hinging. Den haben diese Menschen offenbar nicht gehört; von einer Stimme Gottes darin hat das „fromme“ Basel, wohl gerade infolge seiner „Frömmigkeit“, offenbar nichts vernommen.

Und da gibt es noch Leute, die sich aufregen, wenn man von einem schweizerischen Militarismus redet. Was ist denn noch Militarismus, wenn es nicht das ist, dass man den militärischen Gesichtspunkt jedem andern überordnet? Und geschieht das in diesem Fall nicht auf die krasseste Weise? Wenn Bietenholz ein Trinker wäre, ja, wenn er selbst ein uneheliches Kind hätte, nun, dann würde man ja wohl ein Auge zudrücken, aber wenn er erklärt, er sei grundsätzlich gegen Krieg und Kriegsvorbereitung, dann wird erklärt, er sei nicht würdig, Angestellter des Staates zu sein und Fürsorger unehelicher und verwaister Mütter und Kinder. Das kann einer nur sein, wenn er grundsätzlich dafür ist, dass bei einem nächsten Weltkrieg zu den neun Millionen Kriegswaisen und fünf Millionen Kriegswitwen noch doppelt und dreifach so viel neue kommen. Noch einmal: da soll es in der Schweiz keinen Militarismus geben!

Irgend einen stichhaltigen Grund für diese Behandlung unseres Freundes gibt es nicht. Er hat die Strafe für seinen, übrigens so unbedeutenden, Verstoß gegen das Militärgesetz verbüsst. Dass diese Strafe entehrend sei, können nur solche glauben, für welche das Militär zur ganzen Religion und Sittlichkeit geworden ist. Das einstimmige Urteil der staatlichen Disziplinarkommission beweist, dass irgendwelche gesetzlichen Notwendigkeiten für den Schritt der Regierung nicht vorliegen. Nein, dieser entspringt einfach dem Dogma: die Würdigkeit eines Mannes, als Beamter seinem Volke zu dienen, beruht auf seiner Zustimmung zum Militär.

Dieses Vorgehen der Basler Regierung ist derart, dass einem das Blut in den Adern kochen muss, vorausgesetzt man habe noch solches. Wir werden uns das nicht gefallen lassen. Unsere Antwort auf diesen schnöden Gewaltakt der Militärklique wird nicht ausbleiben. Freund Bietenholz aber und die Seinigen werden freilich durch diesen Regierungsakt nicht geschädigt werden können. Es wird sich ein neues Arbeitsfeld für sie finden und der Segen dieser Tat und dieses Leidens wird gross sein.

Erklärung zum Fall Bietenholz. An der Jahresversammlung der „Freunde der Neuen Wege“, die am 17. März in Zürich stattfand, wurde einstimmig die folgende Resolution gefasst: „Die von hundert Personen besuchte Jahresversammlung der Vereinigung „Freunde der Neuen Wege“ erhebt den schärfsten Protest gegen die Amtsentsetzung von Alfred Bietenholz durch die Regierung von Baselstadt. Sie empfindet es als unerhört, dass die Fähigkeit und Würdigkeit eines Mannes, der Volksgemeinschaft zu dienen, von seiner Stellung zur Militärfrage abhängig gemacht werden soll und fordert die öffentliche Meinung der Schweiz auf, sich gegen solche Militarisierung unseres ganzen Lebens zu erheben.“

Heimetli Ober-Sommeri (Thurgau).

Im Kinderheim Heimetli Ober-Sommeri (Thurgau) werden nach Ostern neue Schülerinnen aufgenommen. Die jungen Mädchen werden eingeführt in Säuglings- und Kinderpflege, Kindergarten, Haushaltung und Gartenbau. Der praktische Unterricht wird durch theoretische Stunden ergänzt.

Es liegt uns daran, den Schülerinnen nicht nur Kenntnisse zu vermitteln, sondern sie in ihrer innern Entwicklung zu fördern durch Besprechungen über Lebensführung und -Vertiefung, über soziale Fragen usw.

Wir freuen uns, auch jüngere Mädchen von 15 Jahren an aufnehmen zu können. In diesem Alter, da seelisch alles fliesst, ist eine Zeit der innern Abklärung und Fertigung besonders wertvoll. Oft findet das junge Mädchen dann gerade in der praktischen Arbeit den Weg zu einer bestimmten Lebensaufgabe. Das Zusammenleben mit den Kindern jeglicher Altersstufe führt ungezwungen zu Verantwortlichkeitsgefühl und Selbsterziehung. Prospekte und nähere Auskunft über die Kurse in Gartenbau, Kinderpflege und Haushalt durch die Leiterinnen: Anna Schmid und Isa Stähelin.

Personalia. Ein Schweizer von gutem und grossem Schlag ist dahingegangen: Jost Winteler, der einstige Lehrer an der Aarauer Kantonschule, der Schöpfer der bedeutenden Dichtung „Tycho Pantander“, der Mann, der noch in seinem hohen Greisenalter für eine wirklich unabhängige Schweiz glühte und sich über das Geschlecht empörte, das sie im Kerne an fremde Götzenbilder preisgibt und dazu aber von Unabhängigkeit flunkert, wenn es gilt, unsern, ebenfalls importierten, Militarismus zu verteidigen

Redaktionelle Bemerkungen.

Ich möchte auf den Aufsatz über „Schwermut — Anfechtung“ mit ganz besonderem Nachdruck hinweisen. Er bedeutet dreierlei: Einmal bringt er uns einen der Männer nahe, die für die Sache, welcher die „Neuen Wege“ dienen wollen, von Anfang an bestimmend waren. Nichts kann bedeutender sein, als die innere Verbindung, die zwischen Kierkegaard und Blumhardt besteht! Kierkegaards Erscheinung wird in diesem Aufsatz freilich nur von einem ganz bestimmten einzelnen Punkte aus beleuchtet, aber dieser Punkt ist, wie jeder weiss, der Ks. Leben kennt, wirklich dessen Zentrum. Aber nun besitzt die vorliegende Behandlung des Themas „Schwermut — Anfechtung“ auch an sich ihren sehr grossen Wert. Diesen wird jeder Leser spüren, der in solchen Dingen Erfahrung hat. Ich habe den Beitrag auch nicht zufällig in diesem Heft gebracht, das gleichsam ein Karfreitag- und Osterheft ist. Endlich aber — und das ist das Allerwichtigste, das ausserordentlich Wichtige an dieser Aeusserung — enthält der Aufsatz ein neues Verständnis der Botschaft des Neuen Testaments, welches einen Durchbruch von gewaltigster Tragweite bedeutet. Damit führt er in das Zentrum aller tiefsten Fragen der Zeit.

Ich wünsche von ganzem Herzen, dass der so wichtige Beitrag in diesem Sinne von Vielen recht verstanden werde und bemerke nur noch, dass die Abhandlung von einer dänischen Frau geschrieben ist, die wie wenige berufen ist, über diesen dreifachen Gegenstand zu reden.

Die Dokumente zum Thema: „Katholizismus und Sozialismus“ sind so zahlreich geworden, dass sie nicht in dieses Heft gehen. Da sie auch an sich wertvoll sind und ein Hauptthema der Arbeit der „Neuen Wege“ beleuchten, so ist das kein Uebelstand. Wir verteilen auf diese Weise sozusagen ein Sonderheft auf mehrere andere.

Einige Berichte mussten auf das nächste Heft verschoben werden.

Ein herzliches: „Fröhliche Ostern!“ allen Lesern.